

## **Zum Beitrag in der TLZ / Landesspiegel vom 28. 01. 2010 "keine Bananenrepublik" nachfolgende Ausführungen:**

Was ist nun eine Bananenrepublik? In einer Bananenrepublik gibt es keine politische Kultur mehr, sondern es dominiert die Willkür. 1984 wurde das Wort "Bananenrepublik" bereits in Deutschland/West zum Wort des Jahres nominiert. Seit der Wende 1989 gehen die neuen Länder immer mehr den Weg zur Bananenrepublik. Beweis: Zwangsbeiträge für Abwasser und Straßenausbau.

Wenn ehrliche Aufbauhelfer aus den alten Bundesländern in die neuen Länder umsiedeln, sind sie herzlich willkommen. Wenn aber Herren wie z. B. der Innenminister Prof. Dr. Huber jetzt neuerlich Straßenausbaubeiträge 19 Jahre rückwirkend von den Bürgern fordert, ist dies schlichtweg eine Unverschämtheit. Die kommunale Selbstverwaltung sieht anders aus, in Sachsen können die Städte und Gemeinden über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen selbst entscheiden. Seit Jahren lässt das Innenministerium teure Gutachten zur Erhebung von Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen erstellen. Das letzte Gutachten zu Straßenausbaubeiträgen hat Prof. Huber/München von Prof. Brenner/Schwäbisch Gmünd erstellen lassen. Prof. Brenner kommt demzufolge aus dem Bundesland Baden-Württemberg, welches keine Straßenausbaubeiträge erhebt. Weshalb rechtfertigt er in seinem Gutachten Straßenausbaubeiträge für Thüringen, obwohl sein Bundesland selbige nicht erhebt? Das Gutachten erweckt den Anschein, ein Gefälligkeitsgutachten zu sein. Wie Straßenausbaubeiträge abgeschafft werden können, wurde im Gutachten nicht untersucht.

Herr Huber sollte auch zur Kenntnis nehmen, dass das ungelöste Problem Abwasser- und Straßenausbaubeiträge in Thüringen der CDU bei der Landtagswahl 2009 erhebliche Stimmenverluste beschert hat. Ähnliches hat selbst Ex-MP Althaus in einer Nachbetrachtung seiner Amtszeit festgestellt. Ist dies alles schon Schnee von gestern?

Die ständigen Bevormundungen von ehemaligen wesdeutschen Politikern sind unerträglich. Alle Gesetze aus den alten Bundesländern wurden uns ungeachtet unserer DDR- Vergangenheit mit der Wende übergestülpt. Unsere ostdeutsche Vergangenheit können wir besser bewerten als Beamte, die noch immer ihren Wohnsitz in den alten Bundesländern haben, aber uns neue Bundesbürger nach 20 Jahren Deutsche Einheit die Flötentöne beibringen wollen. 1989 sind die Bürger der ehemaligen DDR unter Einsatz ihres Lebens nicht auf die Straße gegangen um die heute teilweise unerträglichen Zustände zu bekommen. Wir sind mündige Bürger, sind für starke Kommunen und fordern Gleichbehandlung nach dem Grundgesetz. Das dumme Gerede, wir haben 40 Jahre über unsere Verhältnisse gelebt und jetzt müssen wir den Gürtel enger schnallen, trifft für die ehemaligen DDR-Bürger nicht zu, Vergangenheitsbewältigung sieht anders aus. Die Lasten der Einheit Deutschlands müssen alle Bürger gleichberechtigt tragen.

Kommunale Anlagen, die von allen Bürgern gleichberechtigt genutzt werden können, sind aus dem öffentlichen Haushalt, wie es in anderen Bundesländern und in allen anderen EU-Staaten gehandhabt wird, zu finanzieren. Die Armen werden in unserem Land immer ärmer und die Reichen immer reicher. Weshalb benötigen wir z.B. 170 Krankenkassen in Deutschland, 150 Wasser- und Abwasserzweckverbände allein in Thüringen? Bei einer Reduzierung dieser Verbände und Kassen könnten erhebliche Kosten eingespart werden. Kindergeld sollten alle Eltern erhalten und nicht bei der Sozialhilfe abgezogen werden. Kopfpauschale und 10 ? Eintrittsgeld beim Arztbesuch und die Erhöhung des Beitrags zur Krankenversicherung um 8 ? / Monat trifft besonders die sozial Schwachen. Bei allen Medikamenten muss erheblich zugezahlt werden, viele Medikamente dürfen die Ärzte nicht mehr verschreiben und haben sich erheblich verteuert, dabei verdient sich die pharmazeutische Industrie dumm und dämlich an den Kranken. Nicht selten sind wir Bürger der Willkür von Behörden und Zweckverbänden ausgesetzt. Ob wir nun eine Bananenrepublik sind, sollten Sie lieber Leser selbst beurteilen. Haben wir dies alles so gewollt?

Horst Reising  
BI/Stadtrat gegen überhöhte Kommunalabgaben Waltershausen  
Tel: 03622/902702